



VEREIN ZUR WISSENSCHAFTLICHEN  
AUFARBEITUNG DER ZEITGESCHICHTE

[www.oeh.ac.at](http://www.oeh.ac.at)



## **Presseunterlage:**

### **Umfrage zu Autoritarismus und nationalem Selbstverständnis von österreichischen Studierenden**

Präsentation der Ergebnisse

Dr.<sup>in</sup> Petra ZIEGLER  
Projektmanagerin, Verein zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der  
Zeitgeschichte  
01/585 09 15-20, [petra.ziegler@univie.ac.at](mailto:petra.ziegler@univie.ac.at)

Univ.-Prof. DDr. Oliver RATHKOLB,  
Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte, Universität Wien  
01/4277-41205, [oliver.rathkolb@univie.ac.at](mailto:oliver.rathkolb@univie.ac.at)

Gemeinsam mit den AutorInnen: Dr.<sup>in</sup> Yvonne SCHÜRMAN-ZEHETNER,  
Dr.<sup>in</sup> Regina FRITZ und Mag. Alexander SALZMANN

Angelika GRUBER  
Vorsitzteam der ÖH Bundesvertretung

Univ.-Prof. DDr. Heinz MAYER  
Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, Universität Wien

Dienstag, 6.12.2011, 11 Uhr  
Pressezentrum des Parlaments

## ***Inhalt***

1. Daten zu Untersuchung	3
2. Inhalt und Ziele des Forschungsprojekts	3
3. Vorgehensweise	4
4. Ergebnisse	4
4.1 Autoritarismus	6
4.2 Anomie	9
4.3 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	10
4.4 Geschichtsverarbeitung	12
5. Fallbeispiele	14

## **1 Daten zur Untersuchung**

Thema	„Umfrage zu Autoritarismus und nationalem Selbstverständnis von österreichischen Studierenden“
Sponsoring	WKO, Mentoringprogramm Universität Wien
Durchführung	Verein zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Zeitgeschichte
Wissenschaftliche Leitung	Univ.-Prof. DDr. Oliver Rathkolb
Projektleitung	Dr. <sup>in</sup> Petra Ziegler
AutorInnen	Dr. <sup>in</sup> Petra Ziegler, Dr. <sup>in</sup> Yvonne Schürmann-Zehetner, Dr. <sup>in</sup> Regina Fritz, Mag. Alexander Salzmann, Univ.-Prof. DDr. Oliver Rathkolb
Erhebungsgebiet	Universitäten Wien, Linz, Graz, Salzburg, Innsbruck
Grundgesamtheit	Österreichische Studierende ca. 212.000 <sup>1</sup> , ausgesandt an rund 175.000
Stichprobenumfang	14.549
Stichprobendesign/-ziehung:	Zufallsauswahl
Art der Befragung	Onlinebefragung
Befragungszeitraum	1. März bis 10. April 2011

## **2 Inhalt und Ziele des Forschungsprojekts**

Basierend auf der Studie „Authoritarianism, History and Democratic Dispositions in Austria, the Czech Republic, Hungary and Poland“, durchgeführt vom Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien und SORA, und den bereits wiederholt in Deutschland durchgeführten Umfragen der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema "Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland" wurde im März und April 2011 eine Online-Befragung unter österreichischen Studierenden zu den Themen Globalisierung, Autoritarismus, nationaler Geschichtsverarbeitung und demokratischer Disposition durchgeführt.

Ziel der Umfrage war es herauszufinden, ob Studierende via Onlinefragebogen zu diesen Themen in ausreichender Zahl befragt werden können und welche Meinungen

---

<sup>1</sup> Information laut Statistik Austria für WS 2009/10: siehe dazu [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/bildung\\_und\\_kultur/formales\\_bildungswesen/universitaeten\\_studium/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/universitaeten_studium/index.html) (2011-05-02)

sie zu unterschiedlichen Fragestellungen rund um die Themen Kapitalismus und Globalisierung, Autoritarismus, Anomie, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Geschichtsverarbeitung vertreten.

Die Erhebung in Österreich soll der Auftakt für weitere Untersuchungen unter Studierenden in Ungarn, Polen und Tschechien sein, um die Ergebnisse der Gesamtbevölkerung aus dem Projekt des Instituts für Zeitgeschichte und SORA mit jenen der Studierenden vergleichend gegenüberstellen zu können.

### **3 Vorgehensweise**

Im Zuge der Entwicklung des Fragebogens wurde zunächst ein Testfragebogen an Studierenden erprobt, um herauszufinden, welche Frageitems funktionieren und welche Länge der Fragebogen umfassen kann. Bei den Frageitems wurde auf bereits erprobte Aussagen aus der Untersuchung von 2007 (SORA und Institut für Zeitgeschichte) zurückgegriffen sowie um einige der Friedrich-Ebert-Stiftung (Deutschland) beispielsweise zu Globalisierung ergänzt. Bei den Frageitems handelt es sich um kurze, prägnant formulierte Aussagen, die eine eindeutige Reaktion hervorrufen sollen. Basierend auf den Ergebnissen einer im Dezember 2010 und Jänner 2011 durchgeführten Testumfrage wurde der Fragebogen für Studierende überarbeitet und finalisiert.

Die Auswertung der Daten wurde mit umfangreichen Tests zu Reliabilität und Validität begonnen, wobei nur sehr wenige Frageitems aufgrund zu geringer Werte in die Auswertung nicht einbezogen werden konnten (z.B.: Frageitem „Die internationalen Finanzmärkte sind schuld an der weltweit wachsenden Ungleichheit“). Ansonsten konnten hinsichtlich Reliabilität und Validität ausreichende Werte erzielt werden, auch da ja auf bereits erprobte Frageitems zurückgegriffen wurde.

### **4 Ergebnisse**

Vom Alter her sind die meisten der untersuchten Studierenden zwischen 22 und 25 Jahre alt (38%), 25% sind zwischen 26 und 30 Jahre, 18% zwischen 18 und 21 Jahre, 11% sind älter als 35 Jahre und 8% zwischen 31 und 35 Jahre.

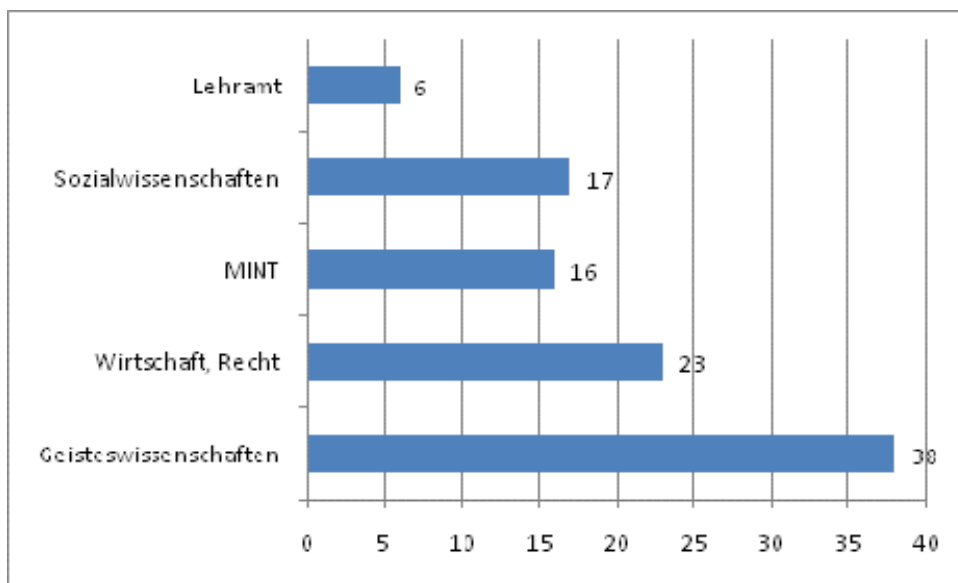
Hinsichtlich Geschlecht sind 61% weiblich, 39% männlich. Bei Onlineumfragen nehmen durchschnittlich mehr Frauen als Männer teil, daher ist diese Verteilung durchaus nachvollziehbar.

Laut Staatsbürgerschaft haben an der Umfrage vor allem ÖsterreicherInnen teilgenommen (86%), 8% Deutsche und 2% ItalienerInnen (wobei hier vor allem

SüdtirolerInnen anzutreffen sind, die in Österreich den Studiengebühren in Italien ausweichen).

Bei der Verteilung der Studienrichtung zeigt sich bei den StudentInnen eine klare Mehrheit in den Geistes- und Kulturwissenschaften (38%), 23% kommen aus den Bereichen Wirtschaft, Recht, 16% aus den MINT-Fächern, 17% studieren Sozialwissenschaften und 6% Lehramt.

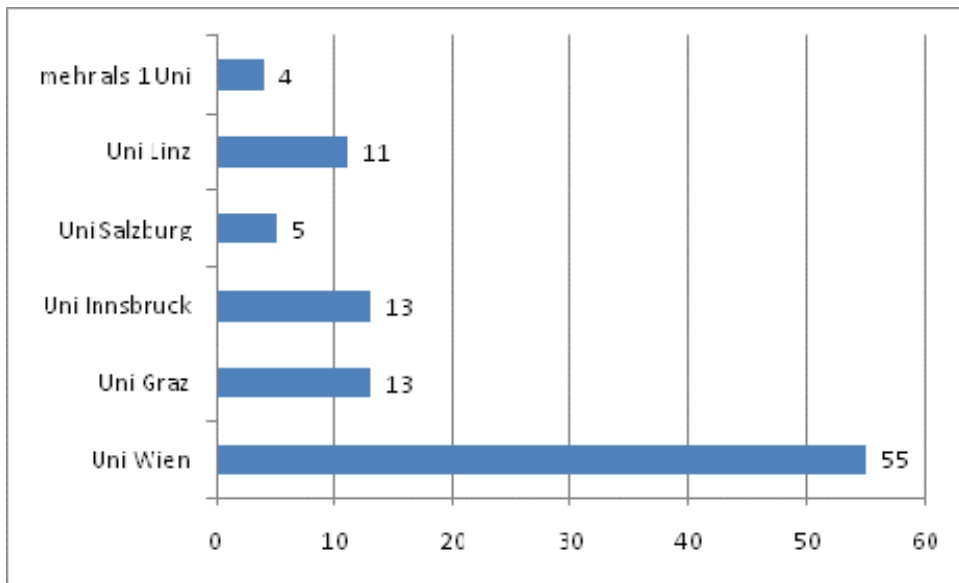
Abbildung 1 Studienrichtungen, gesamt (in %)



Quelle: Eigene Erhebung, März-April 2011

Hinsichtlich der besuchten Universität findet sich eine absolute Mehrheit (55%) an der Uni Wien ein, jeweils 13% besuchen die Uni Graz bzw. Innsbruck, 11% die Uni Linz und 5% die Uni Salzburg. 4% sind an mehr als einer Universität inskribiert. An der Universität Klagenfurt wurde der Fragebogen nicht ausgesandt, daher fehlt diese in der Aufstellung.

Abbildung 2 Besuchte Universität (in %)



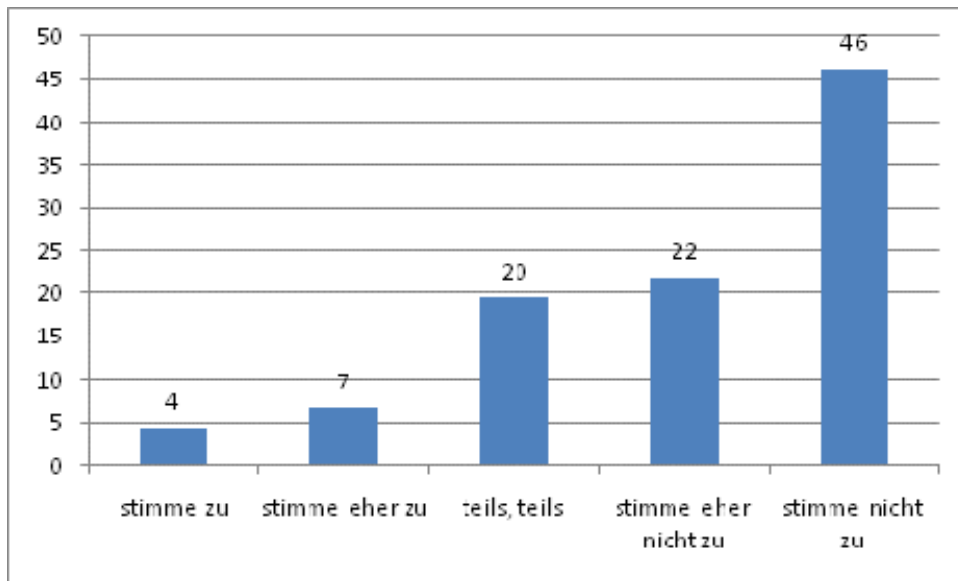
Quelle: Eigene Erhebung, März-April 2011

#### **4.1 Autoritarismus**

Der Aussage „Um Recht und Ordnung zu wahren, sollte man härter gegen AußenseiterInnen und UnruhestifterInnen vorgehen“ stimmen insgesamt 11% der Studierenden zu – 68% lehnen diese Aussage ab.

**Nach Studienrichtung finden sich auch hier bei den Studierenden aus den Bereichen Wirtschaft, Recht mehr Personen, die dieser Aussage zustimmen: 16%.**

Abbildung 3 Um Recht und Ordnung zu wahren, sollte man härter gegen AußenseiterInnen und UnruhestifterInnen vorgehen

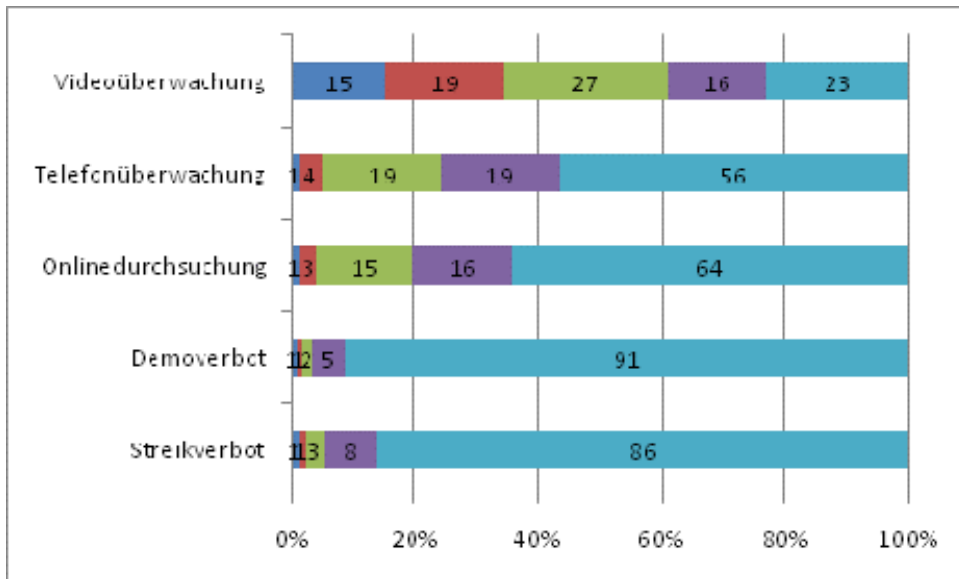


Quelle: Eigene Erhebung, März-April 2011

Zu den Fragen nach gerechtfertigten Maßnahmen der Regierung werden ein generelles Streikverbot und ein generelles Demonstrationsverbot sehr klar abgelehnt: 94% bzw. 96% halten diese Maßnahmen für nicht gerechtfertigt. Die Onlinedurchsuchung von privaten PCs wird von 80% abgelehnt und die Überwachung von Telefongesprächen von 75%. Die Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen wird hingegen nur von 39% abgelehnt, 34% stimmen einer solchen zu.

Bei dieser Frage zeigt sich auch ein klarer Unterschied nach Studienrichtung: **Studierende der Sozialwissenschaft stimmen einer Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen nur zu 23% zu, jene aus den Bereichen Wirtschaft, Recht hingegen zu 45%.**

Abbildung 4 Welche Maßnahmen der Regierung halten Sie für gerechtfertigt?



Quelle: Eigene Erhebung, März-April 2011

## 4.2 Anomie<sup>2</sup>

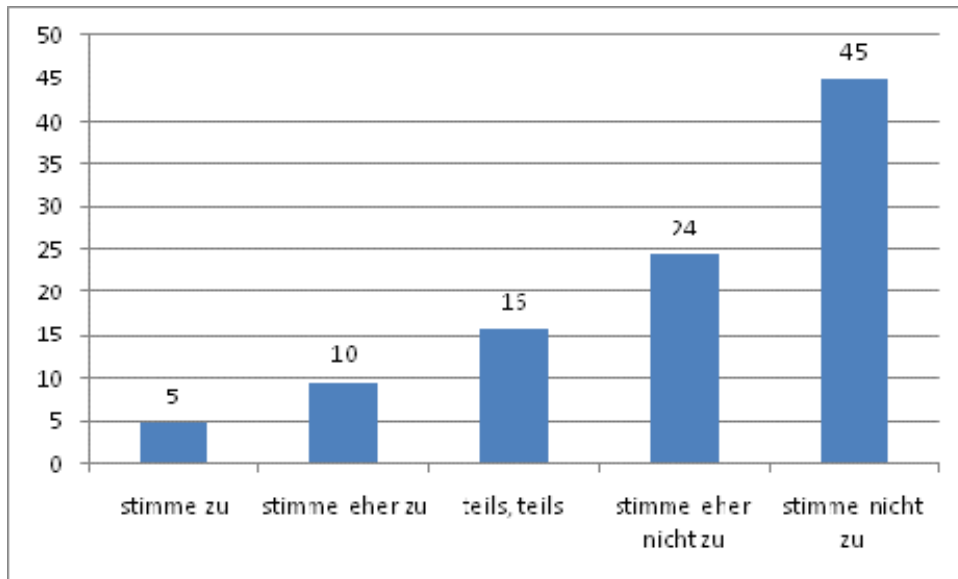
15% der Studierenden stimmen zu, dass es sinnlos ist, sich politisch zu engagieren, 69% stimmen dem nicht zu.

**Nach Studienrichtung lehnen vor allem Studierende der Sozialwissenschaften diese Aussage ab (81%). Studierende der naturwissenschaftlichen und technischen Fächer lehnen dies im Vergleich dazu nur zu 63% ab.**

<sup>2</sup> Hier wurden vor allem die Subdimension „Orientierungslosigkeit“ und Gefühle „politischer Machtlosigkeit“ gemessen



Abbildung 5 Ich empfinde es als sinnlos, mich politisch zu engagieren.



Quelle: Eigene Erhebung, März-April 2011

Wird diese Aussage jedoch um den Zusatz „in einer Partei“ ergänzt, zeigen sich deutlich andere Ergebnisse: Hier stimmen 38% zu, dass es sinnlos ist, sich politisch in einer Partei zu engagieren, nur noch 42% lehnen diese Aussage ab.

**Bei den Studienrichtungen zeigt sich wiederum ein Unterschied bei den technischen und naturwissenschaftlichen Studierenden: diese lehnen die Aussage zu 36% ab, wohingegen SozialwissenschaftlerInnen diese zu 47% ablehnen.**

### ***Wahlverhalten bei der letzten Nationalratswahl***

Hinsichtlich der gewählten Parteien zeigt sich unter den Studierenden eine absolute Mehrheit für die Grünen (54%), 21% geben an, die SPÖ gewählt zu haben, 18% die ÖVP, 5% die FPÖ und 1% das BZÖ. Bei dieser Frage ist allerdings darauf zu achten, dass beinahe ein Drittel aller Befragten keine Antwort gegeben hat. Dies kann zum Teil mit dem fehlenden Wahlrecht (12%, siehe oben) erklärt werden, zum Teil aber auch mit dem Wahlgeheimnis und einer damit einhergehenden fehlenden Bereitschaft diese Informationen preiszugeben. Im Kommentarfeld zur Frage, wo sonstige Parteien angegeben hätten werden sollen, wiesen viele Studierende auf das Wahlgeheimnis hin.

Nach Geschlecht zeigen sich bei dieser Frage (die aus der Forschung bekannten) Unterschiede: Frauen sind bei FPÖ (4%) und ÖVP (16%) deutlich seltener anzutreffen, die

Grünen kommen auf 57%. Männer wählen hingegen öfter FPÖ (7%) und ÖVP (22%), aber seltener Grüne (50%) und SPÖ (19%).

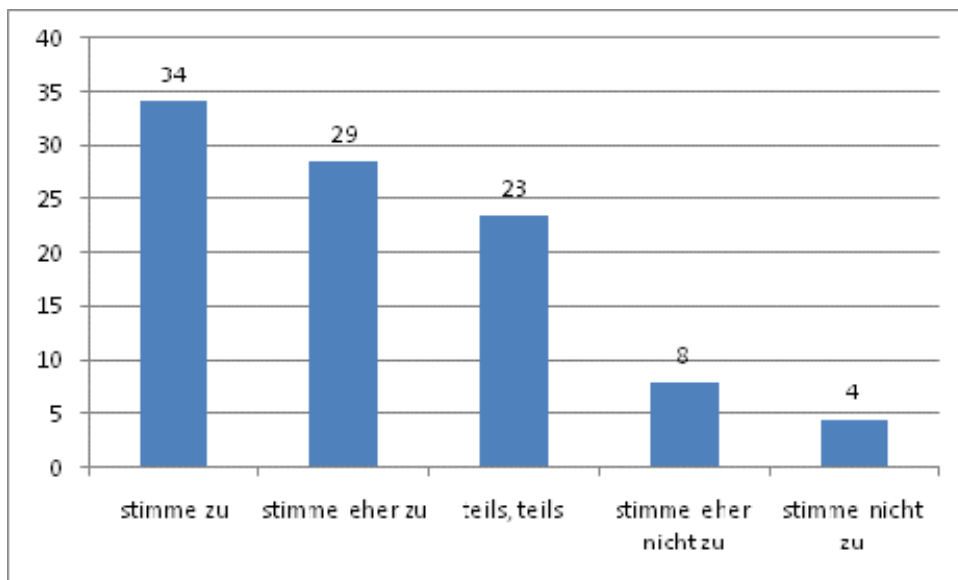
Auch nach Studienrichtung zeigen sich klare Unterschiede: Studierende aus den Bereichen Wirtschaft, Recht wählen deutlich öfter ÖVP (28%) und FPÖ (9%), seltener Grüne (34%) und SPÖ (20%). SozialwissenschaftlerInnen wählen hingegen zu 64% grün, 22% SPÖ, 11% ÖVP und 2% FPÖ.

### 4.3 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

63% der Studierenden stimmen zu, dass ZuwanderInnen Österreich offener für neue Ideen und andere Kulturen machen, 12% stimmen nicht zu.

**Nach Studienrichtung lehnen Studierende aus Wirtschaft, Recht die Aussage zu 17% ab, 57% stimmen zu.**

Abbildung 6 ZuwanderInnen machen Österreich offener für neue Ideen und andere Kulturen.

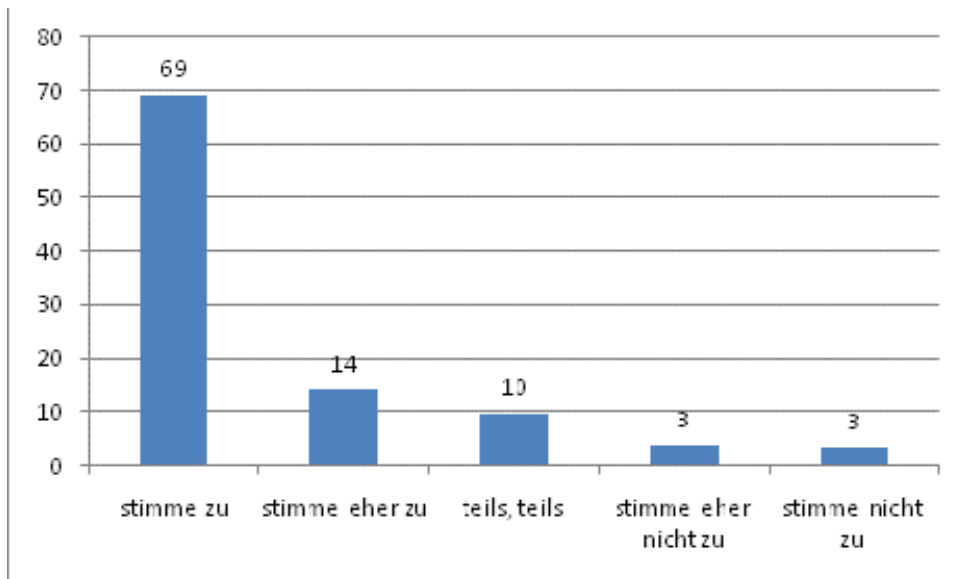


Quelle: Eigene Erhebung, März-April 2011

83% der Studierenden stimmen zu, dass Juden/Jüdinnen das Recht haben sollten, Synagogen zu bauen, 6% lehnen dies ab.

**Nach Studienrichtung zeigt sich, dass Studierende aus den Bereichen Wirtschaft, Recht diese Aussage häufiger ablehnen als andere: 76% stimmen zu, 10% lehnen ab.**

Abbildung 7 Juden/Jüdinnen sollten das Recht haben, Synagogen zu bauen



Quelle: Eigene Erhebung, März-April 2011

Wird diese Aussage hinsichtlich MuslimInnen und deren Recht Moscheen zu bauen abgefragt, stimmen nur noch 72% zu, 13% lehnen dies ab.

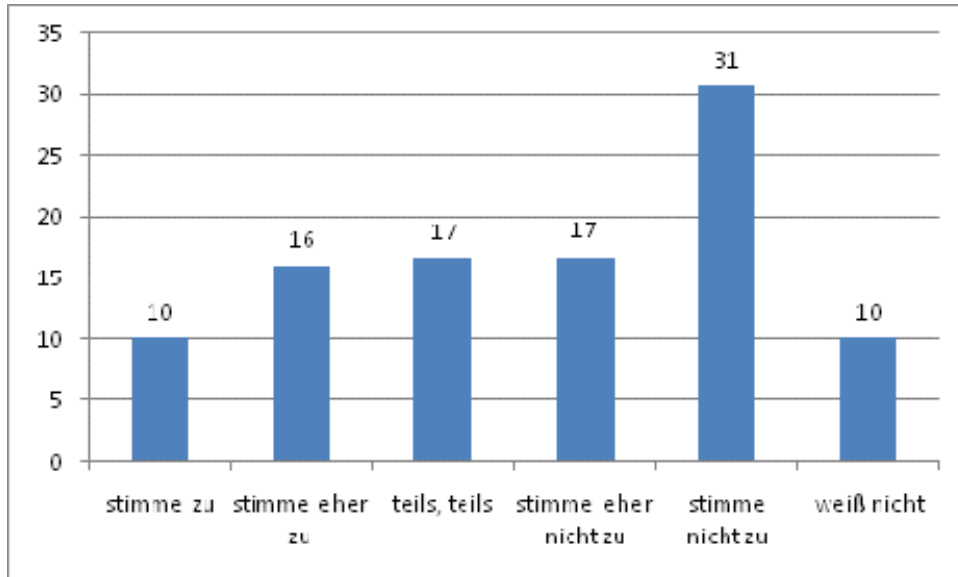
**Differenziert nach Studienrichtung zeigt sich, dass Studierende aus den Bereichen Wirtschaft, Recht das Recht Moscheen zu bauen mit 20% deutlich öfter ablehnen (62% stimmen zu). Studierende der Sozialwissenschaften hingegen lehnen die Aussage zu 7% ab, 82% stimmen zu.**

Nur 26% der Studierenden stimmen zu, dass die Türkei Mitglied der EU werden sollte, 48% lehnen dies ab. Bei dieser Frage gibt es mit 10% „weiß nicht“ eine hohe Anzahl an Personen, die sich nicht deklarieren wollen.

**Nach Studienrichtung zeigt sich, dass ein EU-Beitritt der Türkei vor allem von Studierenden aus den Bereichen Wirtschaft, Recht abgelehnt wird – hier sind es 60%, wobei vor allem „stimme nicht zu“ von 42% angegeben wird. Bei**

**Sozialwissenschaftsstudierenden lehnen eine Mitgliedschaft hingegen insgesamt nur 33% ab, 36% würden eine solche begrüßen.**

Abbildung 8 Die Türkei sollte Mitglied der EU werden.

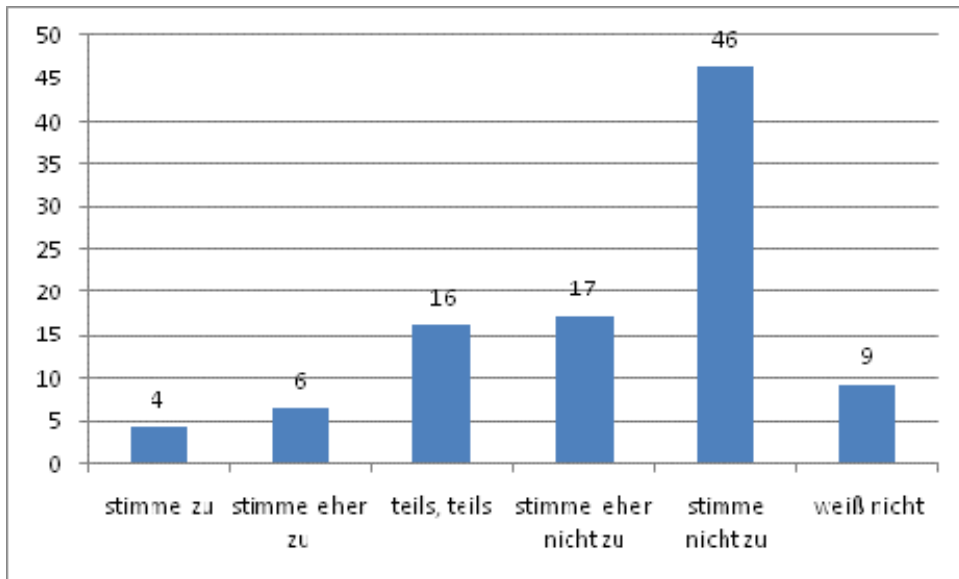


Quelle: Eigene Erhebung, März-April 2011

#### **4.4 Geschichtsverarbeitung**

Der Aussage, dass Österreich das erste Opfer des Nationalsozialismus war, stimmen 10% zu, 63% stimmen dem nicht zu, 16% deklarieren sich mit „teils, teils“ nicht eindeutig und 9% geben „weiß nicht“ an.

Abbildung 9 Österreich war das erste Opfer des Nationalsozialismus.

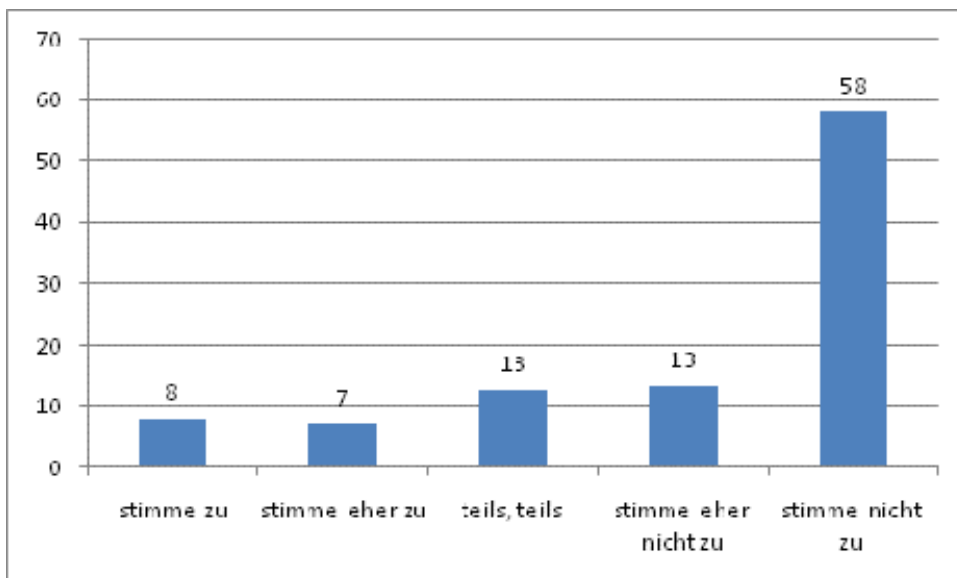


Quelle: Eigene Erhebung, März-April 2011

Der Aussage, dass die Diskussion über den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust beendet werden sollte, stimmen 15% der Studierenden zu, 71% stimmen dem nicht zu. Nach Geschlecht zeigt sich, dass Männer diese Aussage eher zustimmen (18%) als Frauen (12%).

**Nach Studienrichtung stimmen dieser Aussage vor allem Studierende aus Wirtschaft, Recht (21%) und den MINT-Fächern (20%) zu, wohingegen Studierende der Sozialwissenschaften nur zu 7% zustimmen.**

Abbildung 10 Die Diskussion über den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust sollte beendet werden.



Quelle: Eigene Erhebung, März-April 2011

## Fallbeispiele

Dr.<sup>in</sup> Yvonne Schürmann-Zehetner

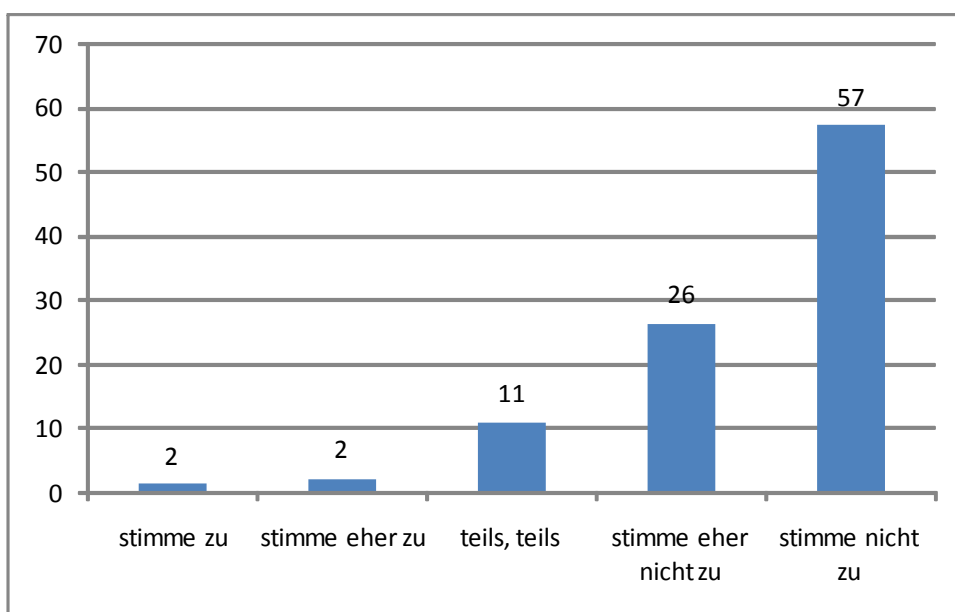
### Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Mit den Fragen bezüglich Moscheenbau, Akzeptanz von Glaubensgesetzen und Ängsten gegenüber Zuwanderern (z.B.: steigende Kriminalität, Konkurrenz um Arbeitsplätze) wurden Themen aufgegriffen, die in der Vergangenheit von den Medien in zunehmendem Ausmaß kontroversiell diskutiert wurden.

Die Umfrageergebnisse zeigen eine grundsätzlich positive Einstellung der StudentInnen gegenüber Zuwanderern: 87% der Befragten stimmen der Zuwanderung durch MuslimInnen zu. Auch das Recht auf eine ungehinderte freie Religionsausübung der muslimischen und jüdischen Bevölkerungsgruppe wird von 74% bzw. 83% unterstützt, die Frage nach dem Recht auf Moscheenbau wird von ebenfalls knapp drei Viertel (72%) befürwortet. Auffallend sind hier Unterschiede zwischen einzelnen Studienrichtungen. Studierende aus Rechts- und Wirtschaftswissenschaften weisen das Recht, nach jüdischen Glaubensgesetzen leben zu können, mit 11% in deutlich größerem Umfang ab als z.B. Studierende aus sozialwissenschaftlichen Fächern mit 5%.

Auch in der besonders relevanten Frage nach Konkurrenz um Arbeitsplätze weisen die Ergebnisse nicht auf eine Verunsicherung der StudentInnen hin: 83% sind nicht der Ansicht, dass Zuwanderer den ÖsterreicherInnen Arbeitsplätze wegnehmen, nur 4% der Studierenden bereitet dieser Punkt Sorgen.

Abbildung 11 ZuwanderInnen nehmen Menschen, die in Österreich geboren sind, die Arbeitsplätze weg



Quelle: Eigene Erhebung, März-April 2011

In aktuellen Fragen die nationale und eigene Sicherheit betreffend, vertreten zwar 18% der Studierenden die Meinung, dass Zuwanderer die Kriminalitätsrate erhöhen, die Umfrage von SORA zum Thema „Autoritarismus in Österreich und Zentraleuropa“<sup>3</sup> ermittelte bei dieser Frage aber einen nahezu dreimal so hohen Zustimmungswert (52%).

Dr.<sup>in</sup> Regina Fritz, Mag. Alexander Salzmann

## **Geschichtsverarbeitung**

Das Geschichtsbild bzw. Form und Ausmaß der Geschichtsverarbeitung unter österreichischen Studierenden wurde an Hand von fünf Frageitems überprüft.

Unsere Umfrage zeigt, dass die Studierenden bei Fragen, die als Leitthemen der österreichischen Geschichtsverarbeitung angesehen werden können – wie jener nach der „Opferthese“, nach der endgültigen Beendigung der Debatten über den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust, nach der Bedeutung des österreichischen Widerstandes gegen die NS-Herrschaft für die Befreiung und nach der Mitverantwortung der Österreicher für das Schicksal der Juden - generell ein Geschichtsbild vertreten, das dem aktuellen Stand der Geschichtsforschung näher kommt, als dies bei der Gesamtbevölkerung der Fall ist.

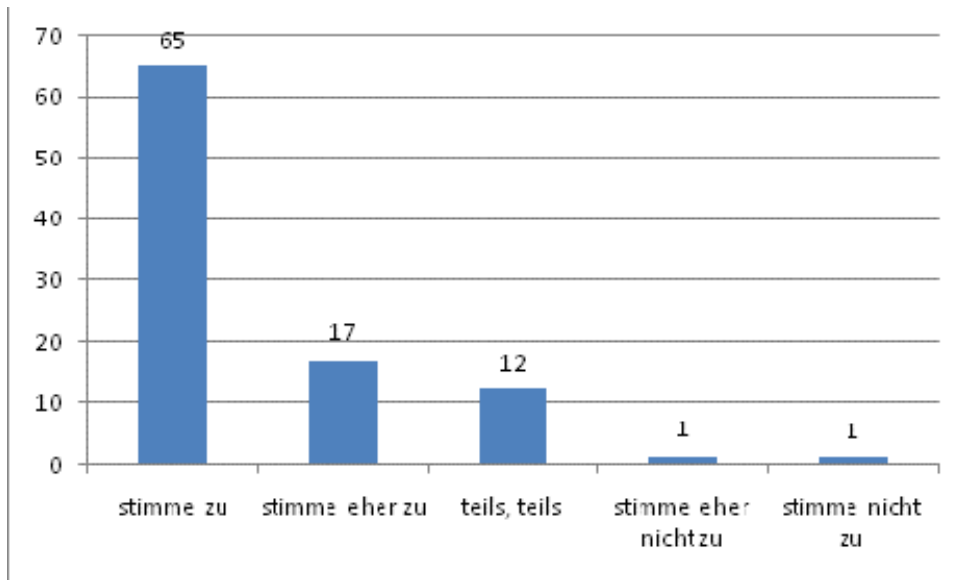
So beantworteten die Frage, ob Österreich das erste Opfer des Nationalsozialismus war, nur 10% der Studierenden (eher) zustimmend, während mit 63% eine deutliche Mehrheit die Opferrolle Österreichs ablehnte. Noch deutlicher bejahen laut unserer Umfrage die Studierenden eine Mitverantwortung der Österreicher und Österreicherinnen an der Judenverfolgung: 82% äußerten sich zustimmend, nur 2% der Studenten und Studentinnen lehnten eine Verantwortung ab. Dass über die Frage nach der österreichischen Mitverantwortung in der breiten Bevölkerung nach wie vor mehr Unklarheit herrscht, zeigt eine SORA-Umfrage aus dem Jahr 2007: Nur 57% der österreichischen Bevölkerung sahen eine Mitverantwortung der Österreicher und Österreicherinnen, 14% lehnten eine Verantwortung ab.<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> SORA-Datensatz von 2007, eigene Auswertungen zu Österreich (November 2011)

<sup>4</sup> SORA-Datensatz von 2007, eigene Auswertungen zu Österreich (November 2011).

Abbildung 12                    ÖsterreicherInnen waren für das Schicksal der Juden/Jüdinnen zwischen 1938 und 1945 mitverantwortlich.



Quelle: Eigene Erhebung, März-April 2011

Lediglich eine Frage folgt nicht diesem Schema - nämlich jene nach der Bedeutung des österreichischen Widerstandes. Sowohl die SORA-Umfrage als auch die Befragung unter den Studierenden zeigen, dass die Bedeutung des Widerstandes in breiten Teilen der Bevölkerung nach wie vor vergleichsweise hoch bewertet wird. 45% der Studierenden unterstützen die Behauptung, dass der österreichische Widerstand gegen die NS-Herrschaft wichtig für die Befreiung war, 20% stimmen (eher) nicht zu. In der SORA-Umfrage aus dem Jahr 2008 unterstrichen 52% der Gesamtbevölkerung<sup>5</sup> die Bedeutung des Widerstands.

<sup>5</sup> SORA-Datensatz von 2007, eigene Auswertungen zu Österreich (November 2011).